

Protokoll

der Einwohnergemeinde-Versammlung

vom Freitag, den 1. Juli 1955 in der Sporthalle Aue

Traktanden:

1. Bürgeraufnahmen
2. Projektierungskredit für Abdankungshalle mit Krematorium auf dem Friedhof Liebenfels.
3. Kredit für Instandstellung der Wäscherei des Städtischen Krankenhauses
4. Kredit für zentrale Heizungsanlage im Ländli
5. Studien- und Projektierungskredit für Abwasserkläranlage
6. Prozeßvollmachten:
 - a) Prozeßvollmacht an Verwaltungskommission der Kehricht-beseitigungsanlage.
 - b) Vollmacht an Gemeinderat zur Führung von Prozessen aus dem Betrieb des Städtischen Krankenhauses.
7. Expropriation Bollenhof, Vollmachtserteilung
8. Projektierungskredit für Bauamts- und Feuerwehrmagazin hinter dem Schadenmühleplatz
9. Kredit für Autogaragen in der Halde
10. Rechnungen des Jahres 1954
11. Bezirksgebäude. Studienkredit. Vollmacht zum Ankauf einer Liegenschaft der Ferro AG.
12. Abänderung des Baulinienplanes Scharten
13. Umfrage und Verschiedenes

Bureau

Vorsitzender: Herr M. Müller, Stadtmann

Protokollführer: Herr A. Süss, Stadtschreiber

Stimmzähler: Herr P. Dubois, Spengler

Herr Th. Hanimann, Gärtnermeister

Herr W. Häusler, Maschinist

Herr J. Kaufmann, Schreinermeister

Herr H. Ritter, Techniker

Herr M. Schnebli, Chemiker

Herr H. Tschärner, Monteur

Herr W. Walde, Betriebsbeamter

Es sind 1477 Stimmberechtigte anwesend

Beginn der Verhandlungen 19.45 Uhr

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 1954 ist den Stimmberechtigten gedruckt zugestellt worden; es wird ohne Bemerkung genehmigt.

Herr Stadtammann Müller gedenkt folgender seit der letzten Gemeindeversammlung verstorbener Mitbürger:

am 4. Januar starb im hohen Alter von 86 Jahren Herr Ingenieur E. Thomann, alt Direktor bei BBC,

am 10. Januar ist Herr Dr. O. Zürcher, Bezirkslehrer und seit seinem Rücktritt von der Schule Bibliothekar der Stadtbibliothek, gestorben,

am 10. Mai haben die Städtischen Werke ihren Chauffeur Herrn J. E. Senn durch den Tod verloren,

am 17. Juni starb der vor allem in Sängerkreisen wohlbekannte Herr Engelbert Meier,

am 22. Juni sind Herr alt Stationsvorstand E. Weber und

am 24. Juni Herr Sattlermeister J. B. Kappeler, beides in der Stadt bekannte Persönlichkeiten, gestorben.

Die Gemeinde wird sie alle in gutem Andenken behalten.

Am 24. April hat die Gemeinde ihren Polizeichef, Herrn Walter Studer, durch den Tod verloren. Herr Studer wurde 1927 an die Spitze der Badener Stadtpolizei berufen. Er hat in allen Jahren seither seinen schwierigen und vielseitigen Dienst mit großer Umsicht und Tatkraft versehen. Die Gemeinde hat ihm dafür zu danken.

Sodann entbietet Herr Stadtammann Müller dem in den Ruhestand getretenen und von Baden weggezogenen Herrn Pfarrer Jakob Meier zu seinem Lebensabend die besen Wünsche der Gemeinde.

Hierauf begrüßt er die 27 heute zum erstenmal an der Gemeindeversammlung teilnehmenden jungen Bürger.

Zu Beginn der geschäftlichen Verhandlungen gibt Herr Stadtammann Müller Kenntnis von drei weiteren der gedruckten Liste beizufügenden Traktanden:

1. Vollmacht an den Gemeinderat zur Führung von Prozessen für das Städtische Krankenhaus,

2. Abänderung des Baulinienplanes Scharten,

3. Vollmacht zum Ankauf eines Grundstückes der Ferro AG., das als Bauplatz für das Bezirksgebäude in Frage kommt.

Die Gemeinde erklärt sich mit der Behandlung dieser Geschäfte stillschweigend einverstanden.

1. Bürgeraufnahmen

Die Liste der Bürgerrechtsbewerber ist den Stimmberechtigten gedruckt zugestellt worden.

Namens der Sozialdemokratischen Partei beantragt Herr Th. Wälty, Maschinist, Ablehnung des Einbürgerungsgesuches des Herrn L. Lanzberg. Herr Lanzberg sei 1933 angeblich aus geschäftlichen Gründen der nationalsozialistischen Partei beigetreten, er habe auch nach seinem Zuzug nach Baden bis Kriegsende der nationalsozialistischen Arbeitsgruppe angehört. Ob ihm dazu, wie er behauptet, vom Kommandanten der Kantonspolizei geraten worden ist, um Schwierigkeiten wegen der Schriften zu vermeiden, ist mindestens zweifelhaft. Als Herr Lanzberg sich 1952 erstmals einbürgern lassen wollte, bestanden auch beim Eidg. Polizeidepartement Zweifel über seine demokratische Gesinnung. Diese Zweifel sind auch heute noch gerechtfertigt. Die früheren Nationalsozialisten behaupten immer, sie hätten der Schriften wegen oder aus geschäftlichen Gründen der Partei beitreten müssen. Man sollte die in letzter Zeit zu large gewordene Einbürgerungspraxis in solchen Fällen ändern.

Herr E. Höchli-Zollinger kennt Herrn Lanzberg, der sein Nachbar ist, seit 15 Jahren. Er ist zwar Deutscher, aber ein völlig unpolitischer Mann; von nationalsozialistischer Gesinnung hat Herr Höchli nie etwas bemerken können. Man soll nicht nur auf die Akten abstellen, sondern die Leute beurteilen, wie sie heute sind. Herr Lanzberg hat im ersten Weltkrieg den Arm verloren, wahrscheinlich bezahlte er die Parteibeiträge, um der Rente nicht verlustig zu gehen. Herr Höchli empfiehlt Zustimmung zum Bürgerrechtsgesuch Lanzberg.

Die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Einkaufssummen werden von der Versammlung in offener Abstimmung gutgeheißen.

Hierauf werden in geheimer Abstimmung folgende Bewerber ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde aufgenommen:

A. Schweizer

M ün z e l M a r t i n a, geb. 1950, von Alchensdorf, Adoptivtochter des Herrn Dr. Kurt Münzel-Mittler, mit 918 Stimmen, zu der Einkaufssumme von Fr. 100.—.

B. Ausländer

1. B e d i n L u d w i g R e i n h a r d, geb. 1905, italienischer Staatsangehöriger, kaufmännischer Angestellter, mit Ehefrau Elsa geb. Wydler und Kindern Luigi Vittorio und Ermanno Ugo, mit 740 Stimmen, zu der Einkaufssumme von Fr. 900.—.
2. M r e s s e J u d a, geb. 1903, polnischer Staatsangehöriger, Übersetzer, mit Ehefrau Esther geb. Burstein und Kindern Henjah, Jakob Zwi und Moscheh, mit 651 Stimmen, zu der Einkaufssumme von Fr. 1800.—.
3. R i g o E l s a, geb. 1922, italienische Staatsangehörige, ledig, Hotelangestellte, mit 734 Stimmen, zu der Einkaufssumme von Fr. 700.—.
4. W r o b l e w s k i B o h d a n H e i n r i c h, geb. 1902, polnischer Staatsangehöriger, Maschinen-Ingenieur, mit Ehefrau Marcelle Helena Augusta geb. Dill und Kindern aus erster Ehe Bohdan und Anne, mit 699 Stimmen, zu der Einkaufssumme von Fr. 2500.—.

Das Einbürgerungsgesuch des Herrn Lothar Theodor Michael Lanzberg, geb. 1897, deutscher Staatsangehöriger, wird mit 516 Nein gegen 405 Ja abgelehnt.

2. Projektierungskredit für Abdankungshalle mit Krematorium auf dem Friedhof Liebenfels

In den Händen der Stimmberechtigten liegt ein gedruckter Bericht mit Antrag des Gemeinderates.

Herr J. H o h l, Geschäftsführer, stellt dem gemeinderätlichen Antrag folgenden Antrag gegenüber:

«Die Gemeinde wolle dem Projekt für eine Abdankungshalle auf dem Friedhof Liebenfels grundsätzlich zustimmen und für deren Projektierung mit oder ohne Krematorium einen Kredit von Fr. 20 000.— bewilligen.»

Herr Hohl führt zur Begründung seines Antrages an, daß mit der

Zustimmung zum gemeinderätlichen Antrag die Ausführung des Projektes präjudiziert wäre, es seien aber noch verschiedene Fragen un- abgeklärt. So wisse man nicht, ob für ein Krematorium wirklich ein Bedürfnis bestehe — letztes Jahr seien nur 33 Personen kremiert worden — und ob die Kosten dafür verantwortet werden können. Wenn ein Projekt mit und eines ohne Krematorium vorliege, könne dann die nächste Gemeindeversammlung definitiv entscheiden. Viele Bürger könnten der Kremation aus weltanschaulichen Gründen nicht zustimmen.

Herr Dr. A. B ä r l o c h e r , Redaktor, möchte sich nicht zur grundsätzlichen Frage der Kremierung äußern. Er fragt sich aber, ob sich das Projekt in finanzieller Hinsicht verantworten lasse und findet, die Angaben des gemeinderätlichen Berichtes seien in dieser Hinsicht zu dürftig. Nur gegen eine Abdankungshalle werde niemand etwas einzuwenden haben. Man wisse jedoch nicht, wie hoch die zusätzlichen Kosten für das Krematorium seien und kenne auch dessen Betriebskosten nicht, ebenfalls wisse man nicht, wer für diese aufkomme.

Herr Dr. B ä r l o c h e r stellt den Antrag, das Traktandum sei zurückzustellen und der Gemeinderat zu beauftragen, der Gemeinde auf die nächste Versammlung vollständigere Unterlagen zu unterbreiten.

Herr S t a d t m a n n M ü l l e r teilt mit, daß die Kostenberechnung bei der Abfassung des Druckberichtes noch nicht vorlag, sie konnte jedoch bei den aufgelegten Gemeindeakten eingesehen werden. Nach der vorläufigen kubischen Berechnung der Architekten stellen sich die reinen Gebäudekosten auf Fr. 697 000.—, dazu kommen diejenigen für die Umgebungsarbeiten. Die Ofenanlage, die in der genannten Summe inbegriffen ist, wird vom Feuerbestattungsverein bezahlt.

Herr A. R ä b e r , Präsident der Budget- und Rechnungskommission, stellt fest, daß das Krematorium nicht nur für die Stadt, sondern für die ganze Region Baden bestimmt sei. Heute handelt es sich um die Bewilligung des Projektierungskredites, dem man zustimmen sollte. Wenn die Pläne und der genaue Kostenvoranschlag vorliegen, wird man über die grundsätzliche Frage und über die Kosten im Einzelnen diskutieren können. Man sollte die Sache nicht verschieben. Herr R ä b e r glaubt, daß diejenigen Bürger, die nicht Anhänger der Feuerbestattung sind, den Wünschen derjenigen, die es sind, wohl entgegenkommen und der Vorlage zustimmen können.

Herr Dr. B ä r l o c h e r zieht, um die Abstimmung nicht zu kompli-

zieren, seinen Antrag zugunsten des Antrages von Herrn Hohl zurück.

In der Abstimmung stimmt die Versammlung dem Antrag des Gemeinderates mit großer Mehrheit zu. Der Antrag des Herrn Hohl vereinigt nur eine offenkundige Minderheit auf sich.

Die Gemeinde hat damit beschlossen:

Dem Projekt der Frau Ruth Lanners-Oldani für eine Abdankungshalle mit Krematorium auf dem Friedhof Liebenfels wird grundsätzlich zugestimmt und es wird für dessen Projektierung ein Kredit von Fr. 18 000.— bewilligt.

3. Kredit für Instandstellung der Wäscherei des Städtischen Krankenhauses

In Gutheißung des gemeinderätlichen Antrages beschließt die Versammlung ohne Diskussion sozusagen einstimmig:

Für Instandstellungen und bauliche Verbesserungen am Wäschegebäude des Städtischen Krankenhauses werden Fr. 16 500.— und zur Ergänzung der Wäschereieinrichtung Fr. 16 550.—, zusammen somit Fr. 33 050.—, abzüglich Staatsbeitrag, bewilligt.

4. Kredit für zentrale Heizungsanlage im Ländli

In Ergänzung des gemeinderätlichen Druckberichtes erwähnt Herr Stadtmann Müller, daß die Möglichkeit einer Fernheizung, die außer den Schulhäusern weitere öffentliche Gebäude hätte beheizen können, geprüft worden sei, daß sich aber eine größere Anlage als nicht mehr rationell erwiesen habe. Deshalb wolle man sich auf eine Anlage, wie sie im Bericht umschrieben wird, beschränken.

Herr A. R ä b e r stimmt der Vorlage namens der Budget- und Rechnungskommission zu. Die Kommission prüfte speziell auch die Frage, ob nicht eine Ölheizung, die sicher sehr praktisch wäre, erstellt werden solle. Sie ist aber wie der Gemeinderat zur Auffassung gelangt, daß die Gemeinde doch den Koks, den ihr eigenes Gaswerk produziert, auch verwenden müsse. Mit der Schaffung einer zentralen Heizungsanlage für alle Schulhäuser kann voraussichtlich ein Abwart eingespart werden. Man wird aber für die Schulabwarte eine neue Arbeits-

ordnung einführen müssen, die ihnen auch einige freie Abende gewährt.

Die Versammlung beschließt ohne Opposition nahezu einstimmig:

Für die Erstellung einer zentralen Heizungsanlage für die Schulbauten im Ländli und in der Tannegg wird ein Kredit von Franken 165 000.— bewilligt.

5. Studien- und Projektierungskredit für Abwasserkläranlage

Herr Stadtmann Müller weist auf die zum Aufsehen mahnende Verschmutzung der öffentlichen Gewässer hin und betont die Dringlichkeit ihres Schutzes. Schon vor Jahren wurden generelle Projekte für die Abwasserklärung in der Region Baden ausgearbeitet. Es hat sich seither immer mehr gezeigt, daß eine gemeinsame Lösung dieser Aufgabe den Interessen aller Gemeinden am besten dient. Der Gemeinderat beantragt deshalb heute die grundsätzliche Zustimmung zu einer solchen gemeinsamen Kläranlage und die Bewilligung des Projektierungskredites. Noch nicht abgeklärt ist die Frage der Verwertung des Klärschlammes, darüber müssen noch weitere Studien durchgeführt werden, deren Kosten im Projektierungskredit inbegriffen sind. Die Kosten der Abwasserklärung werden sehr hoch sein. Über die Finanzierung wird später zu beschließen sein. Wie in andern Gemeinden, die darüber schon beschlossen haben, wird ein Teil zu Lasten des Steuerzahlers und ein Teil zu Lasten der Wasserkonsumenten gehen müssen.

Herr A. R ä b e r erklärt namens der Budget- und Rechnungskommission Zustimmung zu den gemeinderätlichen Anträgen. Baden hat auch in dieser Sache die Pflicht, regional zu denken. Die Kommission bringt jedoch den ausdrücklichen Wunsch an, daß vor der Projektierung die zu erwartenden privaten Einsparungen abgeklärt werden; es ist zu erwarten, daß die im Kappelerhof wohnenden Mitbürger über die Kläranlage nicht erfreut sein werden.

Herr Stadtmann Müller nimmt diesen Wunsch entgegen. Er weist jedoch darauf hin, daß nach den an andern Orten gemachten Erfahrungen, wo sich Kläranlagen in unmittelbarer Nähe oder inmitten von Siedlungen befinden, nicht mit Geruchsbelästigungen zu rechnen ist.

Ohne Diskussion beschließt die Gemeinde mit großer Mehrheit:

1. **Der Erstellung einer gemeinsamen Kläranlage mit Wettingen, Ennetbaden und Obersiggenthal wird grundsätzlich zugestimmt.**
2. **Für die Projektierung der Anlage und der im Zusammenhang damit nötigen Ergänzungen und Änderungen am städtischen Kanalisationsnetz wird ein Kredit von Fr. 75 000.— bewilligt.**

6. Prozeßvollmachten

- a) **Prozeßvollmacht an Verwaltungskommission der Kehrichtbeseitigungsanlage.**

Gemäß dem vom Gemeinderat gestellten gedruckten Antrag wird mit großer Mehrheit beschlossen:

Der Verwaltungskommission der öffentlich-rechtlichen Gesellschaft der Gemeinden Baden, Wettingen, Ennetbaden und Neuenhof zur Erstellung und zum Betrieb einer gemeinsamen Kehrichtbeseitigungsanlage wird die Vollmacht zur Führung von Prozessen namens der Gesellschaft erteilt.

- b) **Vollmacht an Gemeinderat zur Führung von Prozessen aus dem Betrieb des Städtischen Krankenhauses.**

Herr **Stadtammann Müller** führt aus: Es kann vorkommen, daß der Gemeinderat über Streitfälle, die sich aus dem Betrieb des Krankenhauses ergeben, Prozesse führen muß. Da im Jahr normalerweise nur zwei Gemeinderversammlungen stattfinden, ist es unter Umständen nicht möglich, von ihr rechtzeitig eine Vollmacht einzuholen. Der Gemeinderat ersucht deshalb um die generelle Bevollmächtigung zur Führung solcher Prozesse, wie er sie für die Städtischen Werke nach deren Reglement bereits besitzt.

Herr **J. Hoh** wünscht eine Ergänzung des gemeinderätlichen Antrages in dem Sinne, daß der Gemeinderat die Gemeinde über solche Prozesse nachträglich zu orientieren habe.

Herr **Stadtammann Müller** ersucht, von einem solchen Zusatz abzusehen. Es kann, besonders in einem Spital, Fälle geben, in denen die Betroffenen froh sind, wenn solche Streitigkeiten nicht der Öffentlichkeit unterbreitet werden müssen.

Herr **Viceammann Dr. J. Suter** spricht sich ebenfalls gegen den Zusatzantrag aus. Wenn ein Patient Prozeßpartei ist, wäre die

Bekanntgabe an der Gemeindeversammlung für ihn sicher in den meisten Fällen sehr unangenehm.

Herr Stadtmann Müller bringt den gemeinderätlichen Antrag zur Abstimmung.

Die Gemeinde beschließt mit großer Mehrheit:

Dem Gemeinderat wird die Vollmacht zur Führung von Prozessen aus dem Betrieb des Städtischen Krankenhauses erteilt.

Mit diesem Beschluß ist der von Herrn J. Hohl gestellte Zusatzantrag abgelehnt.

7. Expropriation Bollenhof. Vollmachtserteilung.

Ohne Diskussion wird in Zustimmung zum Antrag des Gemeinderates beschlossen:

Für den Fall des Nichtzustandekommens eines Kaufvertrages wird der Gemeinderat ermächtigt, die Grundstücke des Bollenhofes in Spreitenbach auf dem Wege der Expropriation zu erwerben, soweit es zum Schutze der Quellen der städtischen Wasserversorgung notwendig ist.

8. Projektierungskredit für Bauamts- und Feuerwehrmagazin hinter dem Schadenmühleplatz

Herr Stadtmann Müller betont, daß ein neues Bauamtsmagazin auch erstellt werden müßte, wenn das alte Magazin im Gstühl, das der Verkehrssanierung weichen muß, bestehen bleiben könnte; die heutigen Verhältnisse sind auf die Dauer untragbar.

Herr A. R ä b e r beantragt namens der Budget- und Rechnungskommission Zustimmung zur Vorlage. Die Kommission hat sich insbesondere auch über die Plazierung ausgesprochen, wofür verschiedene Vorschläge gemacht worden sind. Sie ist jedoch zur Überzeugung gelangt, daß alle andern zur Diskussion stehenden Plätze ungünstiger wären. Vor allem ergab sich auch, daß eine örtliche Trennung von Bauamts- und Feuerwehrmagazin verschiedene Nachteile hätte. Die Frage, ob die Projektierung durch das Bauamt erfolgen oder ob ein Architekt damit beauftragt werden soll, will die Kommission dem Gemeinderat zur Entscheidung überlassen. Wenn es ohne Überlastung geht, würde die Kommission die Planung durch das Bauamt vorziehen.

Mit offenkundiger großer Mehrheit beschließt die Versammlung:
Für die Projektierung eines Bauamts- und Feuerwehrmagazins im hintern Teil des Schadenmühleareals wird ein Kredit von Franken 20 000.— bewilligt.

9. Kredit für Autogaragen in der Halde

Die Gemeinde beschließt ohne Diskussion nahezu einstimmig:
Für die Erstellung von 7 oder 8 Autogaragen auf dem Grundstück zwischen Hochbrücke und Halde werden Fr. 40 000.— bewilligt.

10. Rechnungen des Jahres 1954

Die gedruckten Rechnungen mit den Erläuterungen dazu sind in den Händen der Stimmberechtigten.

Herr **S t a d t a m a n n M ü l l e r** stellt fest, daß die Rechnung des abgelaufenen Jahres zwar, wie nicht anders zu erwarten war, erfreulich abschließe, daß man aber zur Beurteilung der Finanzlage der Gemeinde nicht darauf allein abstellen könne. Wir müssen vor allem auch die großen kommenden Ausgaben berücksichtigen, und da stellen wir fest, daß wir für die größte derselben, die Verkehrssanierung, noch nichts zurückgestellt haben. Baden betreibt eine Politik des schnellen Schuldenabzahlens. Es ist zu hoffen, daß die günstige Konjunkturlage anhalten wird und wir diese Politik fortsetzen können. Vor allem hoffen wir auch, der Kanton werde die Gemeinden nicht noch weiter mit der Finanzierung von Aufgaben belasten, die seine Sache sind, wie dies mit Bezug auf die Zusatzrenten zur Altersversicherung geplant ist, für die er den Gemeinden Fr. 600 000.— auferlegen will.

Herr **A. R ä b e r** bezeichnet den Rechnungsabschluß ebenfalls als gut. Wir konnten nicht nur die ordentlichen Ausgaben decken, sondern auch große Abzahlungen vornehmen; so ist das Schwimmbad z. B. jetzt ganz bezahlt. Wenn angesichts des anhaltend guten Ganges der Wirtschaft auch kein Grund zu Pessimismus besteht, so darf die Gemeinde in ihren Bemühungen um eine gesunde Finanzpolitik doch nicht nachlassen. Während vieler Jahre beliefen sich ihre gesamten Schulden auf 4 bis 5 Millionen. Diese Summe wird sich mit den kom-

menden Aufgaben, von denen nur die Verkehrssanierung besonders erwähnt sei, mindestens verdoppeln. Wir haben also allen Anlaß, mit der Schuldenabzahlung fortzufahren und besonders die verschiedenen kleineren Schuldposten zum Verschwinden zu bringen.

Es folgt die Detailberatung der Rechnungen.

Zu Ausgaben, Schuldverzinsung und Amortisationen, macht Herr Stadtmann Müller darauf aufmerksam, daß die Zinsen und die Amortisationsquoten hier nun, wie dies an der letzten Versammlung von einem Bürger gewünscht wurde, detailliert aufgeführt sind.

Herr A. R ä b e r weist zu Pos. 155 darauf hin, daß der Gemeinderat den Beitrag an die Pro Argovia schon für das laufende Jahr ausgerichtet hat, obwohl er erst mit dem Voranschlag für 1955 bewilligt worden ist.

Herr Stadtmann Müller begründet dieses Vorgehen mit dem Hinweis, daß Baden hinter andern Gemeinden, die den Beitrag ebenfalls schon pro 1954 gewährten, nicht wohl habe zurückstehen können.

Zum Abschnitt Polizeiwesen bemerkt er, daß einige sehr gut ausgewiesene Bewerber um den zur Wiederbesetzung ausgeschriebenen Posten des Polizeichefs ihre Anmeldung zurückgezogen haben, weil ihnen die Besoldung ungenügend erschien. Der Gemeinderat hofft, den richtigen Mann doch noch zu finden. Es muß aber in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß wir mit unsern Besoldungen für Chefbeamte nicht gut dastehen.

Zu Pos. 268, Instandstellung des Bahnhofplatzes, macht Herr A. R ä b e r darauf aufmerksam, daß es sich um einen Posten handelt, der noch nicht ausgegeben sondern zurückgestellt wurde. Die Budget- und Rechnungskommission ist in diesem Falle nicht gegen die Übertragung des Kredites. Sie möchte jedoch die Anregung machen, daß vor Inangriffnahme der Arbeiten die Parkierungsverhältnisse und vor allem auch die Frage der Gestaltung des Bahnhofplatzes gründlich studiert werden. Grundsätzlich ist die Kommission aber der Ansicht, daß Kreditübertragungen zu vermeiden seien. Vor allem soll ein Betriebskredit, wenn er nicht aufgebraucht wird, wie z. B. beim Eisplatz, verfallen sein. Übertragungen lassen sich nur rechtfertigen, wenn eine Arbeit aus irgendeinem stichhaltigen Grund im Jahr, für das der Budgetkredit bewilligt worden ist, nicht ausgeführt werden kann.

Zu Pos. 501, Schulzahnpflege, für die von den im Budget vorgesehenen Fr. 13 000.— nur Fr. 4000.— ausgegeben wurden, bemerkt Herr R ä b e r, die Minderausgabe sei nicht etwa darauf zurückzuführen, daß die Zähne der Schüler nun saniert seien, sondern darauf, daß das Reglement den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspreche. Da die Einkommen seit seinem Erlaß gestiegen sind, ohne daß sich wegen der Teuerung aber das wirkliche Realeinkommen stark verändert hätte, kommen nur wenige Bürger in den Genuß der Vergünstigungen. Die Schulpflege hält deshalb dafür, daß das Reglement geändert und den heutigen Verhältnissen angepaßt werden muß.

Zu Pos. 464 dankt Herr Rektor Dr. Lauchenauer der Gemeinde für ihre Leistungen an die Kaufmännische Berufsschule.

Bei der Behandlung der Rechnung des Städtischen Krankenhauses weist Herr J. H o h l darauf hin, daß nun sowohl für die medizinische wie für die chirurgische Abteilung die Stelle eines Chefarztes geschaffen worden sei. Er fragt an, warum die zweite Stelle nicht ausgeschrieben worden sei, was für die gute Auswahl doch wichtig wäre.

Herr S t a d t a m m a n n M ü l l e r stellt fest, daß die Stelle ausgeschrieben worden ist. Die Anmeldungen wurden geprüft; Herr Dr. Wirz wurde gewählt, nicht als Chefarzt, sondern als leitender Arzt, um damit eine schon längst nötige Entlastung des Chefs zu erreichen.

Herr Hohl erklärt sich, wenn dem so sei, von dieser Auskunft befriedigt.

Zur Rechnung des Elektrizitätswerkes macht Herr A. R ä b e r auf die gestiegenen Ausgaben für Fremdstromzukauf aufmerksam. Mit dem Bau des neuen Kraftwerkes Kappelerhof sollte vorwärts gemacht werden. Wir hoffen, daß die dem Bau entgegenstehenden Dämme vom Gemeinderat bald durchbrochen werden können.

Die Beratung der Rechnungen ist damit abgeschlossen.

Herr A. R ä b e r, Präsident der Budget- und Rechnungskommission, bringt die Anträge des Gemeinderates zur Abstimmung.

Die Versammlung beschließt sozusagen einstimmig:

1. **Die Rechnungen des Jahres 1954 werden unter Entlastung der Rechnungssteller genehmigt.**
2. **Der Rechnungsüberschuß von Fr. 26 444.28 ist auf neue Rechnung zu übertragen.**

3. Die Erbschaftssteuern von Fr. 21 555.30 werden je zur Hälfte dem Armengut und der Städtischen Pensionskasse zugewiesen.

11. Bezirksgebäude. Studienkredit. Vollmacht zum Ankauf einer Liegenschaft der Ferro AG.

Herr Stadtmann Müller führt aus: Im gedruckten Bericht beantragt der Gemeinderat die Bewilligung eines Kredites für die Projektierung des Bezirksgebäudes auf dem ehemaligen Fabrikareal Streule in der Limmatau. In den letzten Tagen sind der Gemeinde nun von der Ferro AG. zwei Grundstücke an der Kronengasse zum Kaufe offeriert worden. Die beiden Grundstücke haben zusammen einen Flächeninhalt von 634 Quadratmeter, der Kaufpreis beträgt Fr. 200 000.—. Im Falle des Kaufes hat die Gemeinde der Ferro AG. im Abtausch ein Grundstück von ca. 1200 Quadratmeter auf der Südseite der Bahnlinie gegenüber dem Bahnhof Oberstadt abzutreten, wofür ihr Fr. 34 000.— bezahlt werden. Mit der Ferro AG. wurde ein Vorvertrag abgeschlossen, von dem der Gemeinderat aber zurücktreten kann. Mit dem Kauf der Grundstücke der Ferro AG. kann die Gemeinde, da das eine an die bereits in ihrem Besitz befindliche Parzelle am Theaterplatz angrenzt, ihren Besitz an diesem Platz erheblich erweitern. Damit besteht die Möglichkeit zu vergleichweisen Studien, ob sich das vergrößerte Areal am Theaterplatz oder die Liegenschaft in der Limmatau besser als Bauplatz für das Bezirksgebäude eignet. Der Gemeinderat ist der Meinung, daß diese Studien noch durchgeführt werden müssen. Dann können die Vor- und Nachteile jedes der beiden Bauplätze gegeneinander abgewogen werden. Der gedruckte Antrag fällt deshalb dahin. Der Gemeinderat ersucht die Gemeinde um Vollmacht zum Abschluß des Kaufvertrages mit der Ferro AG. und um einen Kredit von Fr. 25 000.— für die Durchführung der Studien.

Namens der Budget- und Rechnungskommission empfiehlt Herr A. R ä b e r Zustimmung zu den neuen Anträgen des Gemeinderates. Es steht noch nicht fest, ob nach dem Kauf der beiden Grundstücke das Bezirksgebäude am Theaterplatz gebaut werden kann, aber wir müssen dennoch kaufen. Die Kommission spricht den Wunsch aus, daß vorläufig auch ganz allgemein geprüft werde, was nach der Er-

stellung des Bezirksgebäudes mit dem Rathaus und dem Amtshaus geschehen soll.

Die Versammlung stimmt nahezu einstimmig folgenden, von Herrn Stadtmann Müller verlesenen Anträgen zu:

1. **Die Gemeinde erteilt dem Gemeinderat Vollmacht zum Abschluß eines Kaufvertrages mit der Firma Ferro AG., durch welchen sie von der Ferro AG. die Grundstücke Kat. Nr. 2210 und 537 an der Kronengasse zum Preis von Fr. 200 000.— erwirbt und der Ferro Aktiengesellschaft von ihrem Grundstück Kat. Nr. 3390 gegenüber dem Bahnhof Oberstadt einen Abschnitt von 1200 Quadratmeter zum Preis von Fr. 34 000.— abtritt.**
2. **Für Vorstudien über die Erstellung eines Bezirksgebäudes auf der ehemaligen Liegenschaft Streule in der Limmatau und auf dem Areal am Theaterplatz/Kronengasse wird ein Kredit von Franken 25 000.— bewilligt.**

12. Abänderung des Baulinienplanes Scharten

Herr Stadtmann Müller: Es handelt sich um eine kleine Abänderung der Baulinien auf der Liegenschaft des Herrn O. Halter hinter der St. Anna. Durch die Änderung soll ein neuer Bauplatz gewonnen werden. Der Plan wurde öffentlich aufgelegt und es sind dagegen keine Einsprachen erhoben worden.

Von der Gemeinde wird ohne Opposition beschlossen:

Die Abänderung des Baulinienplanes Scharten wird genehmigt.

Umfrage und Verschiedenes

Herr Dr. V. Schmid, Fürsprecher, nimmt Bezug auf eine Notiz im «Badener Tagblatt» vom 7. Februar 1955 zum neuen Milchstatut und zur Quartiereinteilung im Milchhandel. In Baden ist es so, daß die Konsumenten gezwungen sind, die Milch vom Händler ihres Quartiers zu beziehen, wenn sie sie nicht selbst in einem andern Milchgeschäft holen wollen. Das Brot und das Fleisch kann man vom Geschäft bringen lassen, das man selber wählt, bei der Milch dagegen hat man keine Wahl, auch wenn man mit der gelieferten Qualität

nicht einverstanden ist. Man hat auch nicht den Eindruck, daß die Polizei besonders über die gute Milchqualität wacht, Milchproben werden nicht allzu häufig vorgenommen. Für die Milchausträger sollte man auch ein Rauchverbot erlassen. Der erwähnten Zeitungsnotiz ist zu entnehmen, daß die Behörde von Kreuzlingen mit den Milchhändlern einen neuen Vertrag abgeschlossen hat, nach dem die Konsumenten jedes Quartiers die Wahl unter zwei Milchhändlern haben. Ich beantrage, daß auch in Baden der bestehende Vertrag gekündigt und ein neuer Vertrag im Sinne desjenigen von Kreuzlingen abgeschlossen wird.

Herr Stadtmann Müller nimmt den Antrag zur Prüfung entgegen.

Die Versammlung stimmt dem Votum des Herrn Dr. Schmid mit Applaus zu.

Schluß der Verhandlungen 10.00 Uhr.

Der Gemeindeammann:

M. Müller

Der Gemeindeschreiber:

A. Süss